

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

18. WP - 23. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. Februar 2013, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Simone Lange (SPD)

Hauke Göttsch (CDU)

Dr. Axel Bernstein (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Stellv. Vorsitzende

i.V. von Barbara Ostmeier

i.V. von Tobias von Pein

i.V. von Wolfgang Kubicki

Weitere Abgeordnete

Patrick Breyer (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Übertragung des Tarifabschlusses für Beamte	4
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/331	
2. Entwurf eines Gesetzes für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreise (Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung)	6
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/310	
3. Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet	7
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/195	
4. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2012 - Europabericht 2012	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/360	
5. Verschiedenes	9

Die stellv. Vorsitzende, Abg. Lange, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Übertragung des Tarifabschlusses für Beamte

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/331](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2012 an den **Finanzausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdruck 18/735](#)

Abg. Dr. Klug hebt hervor, dass es für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein von entscheidender Bedeutung sei, die Bezüge der Beamten nicht dem hinterherhinken zu lassen, was in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, auch außerhalb von Schleswig-Holstein, gezahlt werde. Es sei wichtig, dass der Tarifabschluss der Beschäftigten auch auf die Beamten übertragen werde.

Abg. Dudda unterstützt den Antrag der Fraktion der FDP. Er ergänzt die Begründung jedoch dahin gehend, dass den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren immer mehr abverlangt worden sei; der Stellenabbau im öffentlichen Dienst habe zu einer großen Unsicherheit geführt. Die Mitarbeiter dürften nicht ausgebeutet werden. Es sei an der Zeit, ihnen jetzt wieder Sicherheit zu geben.

Abg. Dr. Dolgner stimmt zu, dass den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren viel zugemutet worden sei und dies auch weiterhin der Fall sein werde. Vor diesem Hintergrund verweist er darauf, dass es wichtig sei, das Mitbestimmungsgesetz zu ändern, um den Personalräten die Möglichkeit einer möglichst breiten Mitbestimmung zu geben, wenn es darum gehe, die Arbeit auf weniger Schultern zu verteilen. Aus Sicht der SPD sei jetzt nicht die richtige Zeit, um eine Vorfestlegung zu treffen, bevor überhaupt die Tarifverhandlungen abgeschlossen seien. Die Beratungen im Finanzausschuss hätten auch keinen Deckungsvorschlag ergeben. Er verweist auf die Einlassungen der SPD im Finanzausschuss und bekennt, dass dem Ausschuss - in Ermangelung einer adäquaten Alternative - nur die Möglichkeit bleibe, sich dem Votum des federführenden Finanzausschusses anzuschließen.

Abg. Nicolaisen gibt die Zustimmung der CDU zum Antrag der Fraktion der FDP bekannt und verweist darauf, dass die Beamten bereits ausreichende Beiträge zur Haushaltskonsolidierung geleistet hätten. Sie fordere die regierungstragenden Fraktionen auf, die Tarifabschlüsse, die in Zukunft getätigt würden, zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten zu übertragen.

Abg. Peters schließt sich den Ausführungen von Abg. Dr. Dolgner an.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/331](#), abzulehnen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreise (Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/310](#)

(überwiesen am 15. November 2012)

hierzu: [Umdrucke 18/526, 18/600, 18/603, 18/608, 18/612, 18/634, 18/647, 18/668, 18/725, 18/736, 18/768](#)

- Verfahrensfragen -

Abg. Dr. Dolgner spricht sich dafür aus, die abschließende inhaltliche Beratung auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen und dieses Thema zur Februar-Tagung des Landtags anzumelden.

Abg. Dr. Breyer stimmt diesem Verfahren zu. Er merkt an, dass der Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/768](#), bereits heute vorgelegt worden sei, um den übrigen Fraktionen ausreichend Zeit zur Beratung zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf [Drucksache 18/310](#) in seiner Sitzung am 13. Februar 2013 abschließend zu beraten und zur Februar-Tagung des Landtags anzumelden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bundratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/195](#)

(überwiesen am 27. September 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/427, 18/533, 18/553, 18/562, 18/563, 18/564, 18/567, 18/568, 18/586, 18/706, 18/707](#)

- Verfahrensfragen -

Abg. Nicolaisen spricht sich für eine Vertagung dieses Punktes aus, da die zusätzlich angeforderte Stellungnahme des Hans-Bredow-Instituts noch nicht vorliege. - Abg. Dr. Dolgner schließt sich dem Vorschlag an.

Abg. Dr. Breyer informiert darüber, dass auch die von der Piratenfraktion zusätzlich angeforderten Stellungnahmen noch nicht vorlägen. Er spricht sich aber für die Klärung des weiteren Verfahrens in dieser Sitzung aus, zum Beispiel im Hinblick auf die Durchführung einer mündlichen Anhörung.

Mehrheitlich gegen die Stimmen der PIRATEN vertagt der Ausschuss die Festlegung des weiteren Verfahrens, bis die angeforderten zusätzlichen Stellungnahmen vorliegen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2012 -
Europabericht 2012**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/360](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2012 an den **Europaausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse des Landtages zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung [Drucksache 18/360](#) abschließend zur Kenntnis. Den Fraktionen wird anheimgestellt, weiter darüber zu beraten und gegebenenfalls parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss diskutiert kurz über das Verfahren bezüglich des Antrags der CDU, Bericht der Justizministerin über die Situation der Justiz im Hinblick auf eine bestehende Überlastung aufgrund fehlenden Personals, [Umdruck 18/757](#). Er kommt überein, seine Beratungen hierzu am 27. Februar 2013 durchzuführen.

Die stellv. Vorsitzende, Abg. Lange, schließt die Sitzung um 14:20 Uhr.

gez. Simone Lange
stellv. Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin